

Politiker und Kreissparkasse halten Anteile:

„Amperwelle“ schwapppt auf den Landtag über

SPD sieht in Fürstenfeldbrucker Privatfunk-Gesellschaft einen „Fall von schlimmem CSU-Filz“

FÜRSTENFELDBRUCK – Wenn das kein Werbe-Erfolg ist: Zwar ist noch nicht abzusehen, wann die „Amperwelle“, eine der zahlreichen in den letzten Monaten gegründeten Anbietergesellschaften für kommerzielles Radio, tatsächlich ihre erste Sendung durch den Äther schicken kann, aber sie macht schon jetzt lebhaft von sich reden. Die bereits im März letzten Jahres stillschweigend aus der Taufe gehobene „Gesellschaft für die Veranstaltung von Kommunikationsprogrammen“ hat dabei freilich selbst nichts zu ihrer Publizität beigetragen. Mit gutem Grund. Denn das Ganze ist auch ein Politikum oder gar, wie der SPD-Landtagsabgeordnete Alfred Münch mutmaßt, ein Fall von „politischer Korruption“.

Mit dieser derben Beschreibung zog sich der Parlamentarier, wie zu erwarten war, seinerseits heftige Prügel zu. Fürstenfeldbrucks Landrat Gottfried Grimm, trotz eines bescheidenen Drei-Prozent-Anteils neben dem CSU-Bundestagsabgeordneten Eicke Götz einer der Hauptinitiatoren der „Amperwelle“, sah in der Münch-Attacke den „erneuten Höhepunkt ihrer offensichtlich langfristig angelegten Beleidigungskampagne“. Er lasse sich seine berufliche Ehre „nicht durch diese infame Art und Weise der politischen Auseinandersetzung in den Schmutz ziehen“.

Anlaß für den heftigen Disput bot die Tatsache, daß neben CSU-Repräsentanten, wie Grimm, der „nach Erreichung meiner Ziele“ wieder ausgeschieden ist, und Eicke Götz, der inzwischen sogar als Sprecher der größten deutschen Zeitungsverlage bei den Verhandlungen über die Frequenzvergaben auftritt, sowie dem Brucker CSU-Kreisrat Rolf Moser auch die Kreis- und Stadtparkasse Fürstenfeldbruck mitmischte. Denn da ist wiederum der Landrat Verwaltungsratsvorsitzender.

Anfrage abgeblockt

Diese Kombination, für die SPD-Landtagsfraktion „ein Fall von schlimmem CSU-Filz“ (Pressesprecher Fridolin Scheuble), beschäftigt nun auch das bayerische Parlament. Am Mittwoch blockte allerdings das Landtagsamt erst einmal einen entsprechenden Vorstoß von Alfred Münch „mit Verfahrenstricks“ (Scheuble) ab. Da die deftige Wortwahl des Olchinger Politikers mit den Bestimmungen der Landtags-Geschäftsordnung kollidierte, wonach keine „Wertungen“ in Anfragen enthalten sein dürfen, wurde die Beantwortung vorerst verweigert. Den mündlich vorgetragenen Fragenkatalog hat der Abgeordnete nun schriftlich nachgereicht.

Im einzelnen möchte Münch wissen, ob es mit den Aufgaben einer Sparkasse vereinbar sei, daß ein solches öffentlich-rechtliches Geldinstitut den „Wagniskapitalgeber für eine parteipolitisch dominierte Rundfunkgesellschaft abgibt, nachdem diese Partei die Mehrheit in den Kontrollorganen Verwaltungsrat und Verbandsversammlung ausübt“. An Landrat Gottfried Grimm moniert der Politiker, daß er zum einen Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse ist, zum anderen als Privatperson Gesellschafter einer GmbH im Medienbereich wurde, in die er die Sparkasse selbst eingebracht habe. Münch bezweifelt, daß diese Aktivität „mit den Amtspflichten eines Landrats vereinbar“ sei. Da es der SPD-Parlamentarier außerdem für „nicht unwahr-

scheinlich hält, daß in Bayern noch weitere ähnliche Konstellationen „schwarzer Wellen“ existieren, soll die Staatsregierung kundtun, ob dies nicht „eine unzulässige Vermischung von Parteiinteressen der CSU, Privatinteressen von Amtspersonen und Interessen öffentlich-rechtlicher Geldinstitute“ darstelle.

Die mittelbar Angesprochenen haben bereits reagiert. Grimm bezifferte das Engagement der CSU bei der „Amperwelle“ auf „maximal 15 Prozent“, was allerdings – zumindest zum jetzigen Zeitpunkt – nicht den Tatsachen entspricht. Bei der Gründung der „Amperwelle“, die zusammen mit der Constantin TV auch noch die Gesellschaft „Media Management“ bildet, die bereits seit dem 2. Januar dieses Jahres über Kabel sendet („Radio 44“), hatten die drei CSU-Politiker Grimm, Götz und Moser 40,5 Prozent des Stammkapitals in Höhe von 300 000 Mark gestellt. Inzwischen hat jedoch Grimm seinen Anteil ganz und Moser den größten Teil weitergegeben. Momentaner Stand: Eicke Götz ist mit 22,5, Rolf Moser mit 2 Prozent vertreten.

Schlagerproduzent mischt mit

Voraussichtlich wird sich das aber schon am kommenden Montag ändern, wenn die Gesellschafterversammlung darüber zu befinden hat, ob auch der Musikproduzent Michael Conradt („Abanda Music“) dazustoßen wird. Conradt, der unter anderem die Neue-Deutsche-Welle-Gruppe „Trio“ („Da-Da-Da“) gemanagt hat, soll zehn Prozent bekommen, womit sich unter anderem der Götz-Anteil auf 19 Prozent reduzieren würde. Weitere Gesellschafter sind nach wie vor: die Kreis- und Stadtparkasse (23 Prozent), der Münchner Anzeigenblattherausgeber („Der Schwabinger“) Peter Faber, der auch als Geschäftsführer fungiert (22,5, künftig voraussichtlich 19,5 Prozent), zwei Anzeigenblätter aus Fürstenfeldbruck und Dachau („Amperkurier“ mit zehn, „Amper-Bote“ mit fünf Prozent), ein Wirtschaftsberater aus Gröbenzell (zehn, in Zukunft 6,5 Prozent), der Film- und Fernsehproduktionsleiter Borwin Blohm (Geschäftsführer der Anbietergesellschaft „Neue Welle – Antenne München“) mit vier Prozent und die Filmproduzentenfirma „Interessengemeinschaft Neue Medien“ (IMG) mit einem Prozent.

Der Bundestagsabgeordnete Eicke Götz, der inzwischen ein ständiger Gast des Münchner MPK-Geschäftsführers Rudolf Mühlfnzl ist, der im Rahmen des bayerischen Medienerprobungsgesetzes den Programmanbieter-Wildwuchs zu ordnen hat, glaubt, daß die ganze Aufregung ohnehin reichlich verfrüht ist. Vor 1987 werde es mit Sicherheit kein „lokales Fenster“ (Sendungen im Rahmen eines allgemeinen Programms für einen örtlichen Bereich) geben. Auf der anderen Seite steht aber fest, daß schon vom 28. Mai an vom Münchner Rundfunkhaus und ab September vom (entsprechend weiterreichenden) Olympiaturm aus die bisherigen Kabelstationen „über Luft“ senden werden. Und Götz hofft, daß es dann auch möglich sein wird, gezielt lokale Nachrichten auszustrahlen. Deshalb soll möglichst bald ein Studio in Fürstenfeldbruck oder Dachau eingerichtet werden.

Von parteipolitischer Dominanz könne im übrigen überhaupt keine Rede sein. Götz: „Jeder hat die Möglichkeit, mitzumachen.“ Man lege aus-

drücklich Wert auf „Binnenpluralität“. Absurd ist auch für die Sparkasse der Vorwurf, sie finanziere eine politisch einseitig ausgerichtete Rundfunk-Anbietergesellschaft. Ziel des (vom Innenministerium abgesegneten) Engagements sei es lediglich gewesen, „der mittelständischen Wirtschaft des Raumes und damit den Kunden zu dienen“.